ABSCHIED VON DER GRUNDVERSORGUNG?

Weiterbildungspolitische Strategien gegen den *brain drain* in der Metropolregion Berlin-Brandenburg

DIE: *Ist Brandenburg ein gespaltenes Land, Herr Matthiesen?*
Matthiesen: Ja, und das hängt damit zusammen, dass Brandenburg Teil einer Metropolregion ist. Rund um Berlin, im Speckgürtel, haben wir Kreise mit wachsender Bevölkerung, den engen Verflechtungsraum, Kreis Oberhavel etwa. Die äußeren Kreise, im Norden von der Prignitz bis zur Uckermark oder im Süden von der Elbe bis zur Lausitz, das sind die üblichen Verdächtigen für Schrumpfung. Und in der Tat, hier haben wir erhebliche Abwanderungszahlen, und die Prognosen deuten für 2030 auf Bevölkerungsdichten von nur noch 42 bis 44 Personen pro Quadratkilometer, das sind echte *worst-case*-Zahlen. Während im engeren Verflechtungsraum ungefähr die Hälfte der Bevölkerung auf 15 Prozent der Fläche wohnen wird, teilt sich die andere Hälfte den ganzen großen Rest. Im Blick auf das ganze Land sinkt die Bevölkerungszahl seit 2001, nicht sehr dramatisch, aber kontinuierlich.

Die Folgen des demografischen Wandels sind in ländlichen Regionen Ostdeutschlands besonders deutlich zu spüren. Die Bevölkerung altert, und zudem verlieren die Regionen gerade junge und hochqualifizierte Einwohner an andere Teile Deutschlands. Hautnah lassen sich diese Wanderungsbewegungen in der Metropolregion Berlin-Brandenburg erleben – Anlass für die DIE-Redaktion, Wissenschaft und Bildungsadministration in der Region zum Thema an einen Tisch zu holen. Redakteur Dr. Peter Brandt sprach im Mai in Berlin mit ***Prof. Ulf Matthiesen*** *(Bildmitte), Ethnologe an der Humboldt-Universität und langjähriger Leiter der Forschungsabteilung »Wissensmilieus und Raumstrukturen« am Institut für Regionalentwicklung und Strukturplanung (IRS) in Erkner, mit* ***Dr. Eva-Maria Bosch****, Referatsleiterin »Lebenslanges Lernen, Weiterbildung, Politische Bildung« im Brandenburgischen Ministerium für Bildung, Jugend und Sport, sowie mit dem entsprechenden Fachgruppenleiter in der Senatsverwaltung von Berlin,* ***Dr. Hansjörg Tuguntke*** *(im Bild rechts).*

DIE: *Welche Folgen hat das für das platte Land?*
Matthiesen: Dramatisch ist die kontinuierliche Veränderung im Altersaufbau. Diejenigen, die massiv abwandern, sind die Jungen, gut Ausgebildeten und insbesondere die jungen Frauen. Das scheint sich zu verfestigen. Die Mobilen, gut Ausgebildeten ziehen eher aus den Entwicklungsgebieten weg und hinterlassen relativ altershomogene, aber auch kulturell homogene Milieus, die

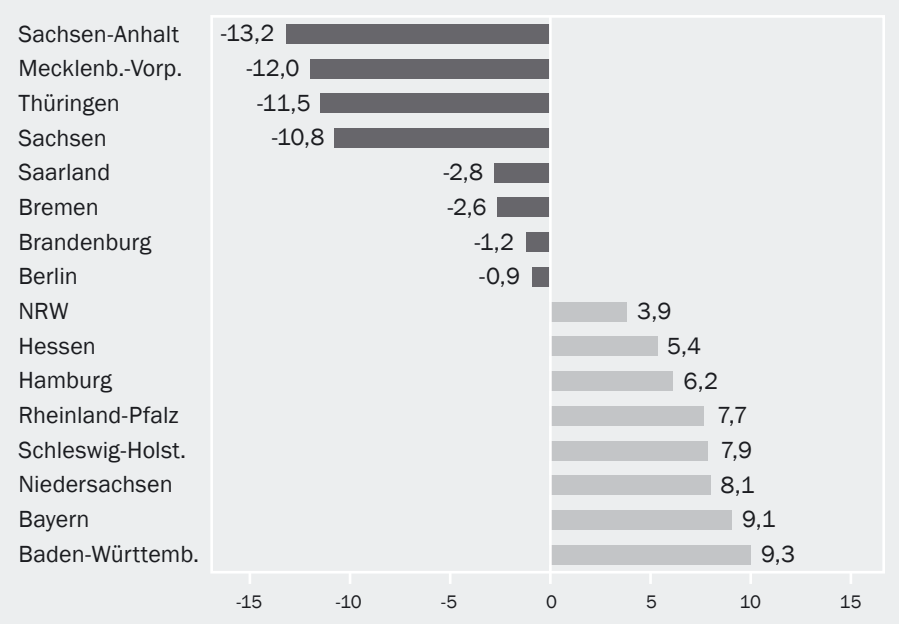
»Über kurz oder lang ein gespaltenes Land«

natürlich auch nicht allzu große Neigungen haben, strukturelle Innovationen anzustoßen oder mitzutragen. Das ist der fatale *brain drain*. Natürlich gibt es immer noch hochaktive lokale Initiativen und Projekte, die bewundernswert agieren, aber gleichzeitig gibt es diesen Effekt von Abwanderung des Humankapitals und gewisse Schwächen, was Innovationsbereitschaft anbelangt. Wenn man das weiterlaufen lässt, ohne über Bildung und Weiterbildung gegenzusteuern, ohne Kohäsion zu schaffen, wird man über kurz oder lang ein gespaltenes Land haben, und zum ersten Mal ist das in den Zahlen, die die Statistiker uns ausweisen, eindeutig nachvollziehbar. Es gibt einen regelrechten Bruch oder Riss in dieser Region, und das ist der klassische Fall von Nicht-Kohäsion.

DIE: *Im Land Brandenburg hat die Schrumpfung nur in den äußeren Regionen die Größenordnung wie die landesweite Entwicklung in Sachsen-Anhalt oder Mecklenburg-Vorpommern. Offenbar profitiert Brandenburg erheblich von Berlin.*
Matthiesen: Es ist eine absolute Gunstlage gegenüber anderen, noch schwierigeren ostdeutschen Ländern. Auf der anderen Seite kann man die Metropolregion auch vergleichen mit Mailand, London oder Paris. Da sind die hiesigen Wachstumsdynamiken im engeren Verflechtungsraum längst noch nicht zufriedenstellend. Und Berlin selbst hat eine stagnierende Bevölkerungszahl.

DIE: *Frau Bosch, welche Probleme ergeben sich für die Weiterbildung in der immer leerer werdenden Fläche?*
Bosch: Es stellt sich z.B. die Frage, ob das Prinzip der Nachfrageorientierung allein noch angemessen ist für den äußeren Verflechtungsraum. Die Weiterbildung plant nachfrageorientiert. Wenn bestimmte Gruppen aber abwandern, es sind die bildungsaffinen Gruppen, die Weiterbildung stärker in Anspruch genommen haben, hat dies entsprechende Auswirkungen auf die Nachfrage. Männer mit einem niedrigen Bildungsniveau oder ältere Menschen gehörten bislang nicht zu den ganz starken Nachfragern von Weiterbildung. Mit den konservativen und nicht so innovationsfreudigen Milieus sind zudem neueren Formen der Weiterbildung wie z.B. einer selbstorganisierten Bildung viel stärkere Grenzen gesetzt, als wir das vielleicht aus dem städtischen Bereich kennen oder erwarten können. Wenn wir im ländlichen Bereich die Beteiligung an Weiterbildung stärker aktiv fördern wollen, wird man sich fragen müssen, wie dieses Ziel fachlich zu erreichen und zu finanzieren ist.

Abbildung 1: Veränderung im Bevölkerungsbestand nach Bundesländern, 1990 bis 2006 (in %)



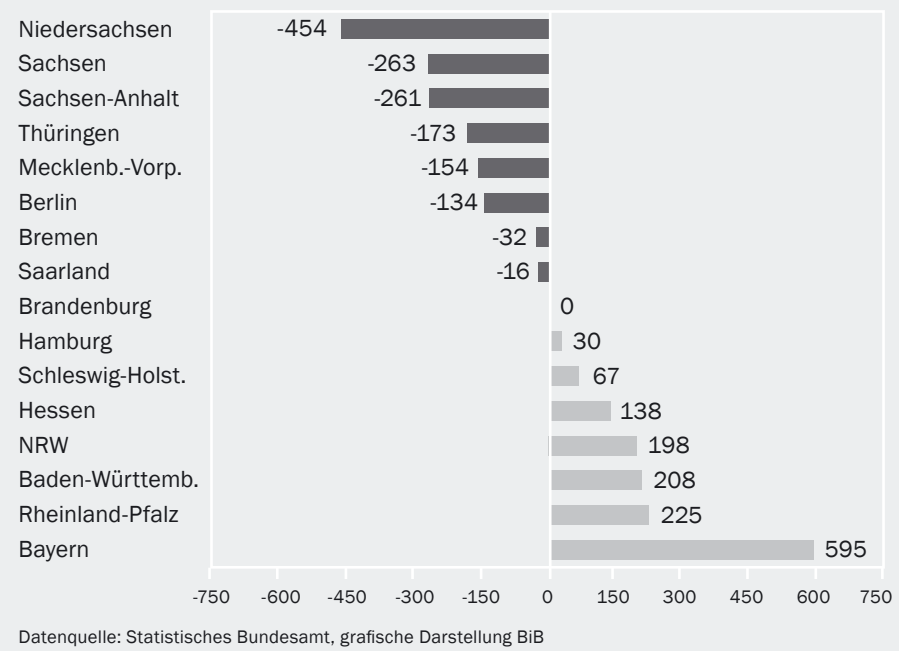
Datenquelle: Statistisches Bundesamt, grafische Darstellung BiB

DIE: *Wie ändern sich die Teilnahmestrukturen in Brandenburg?*
Bosch: Die Gruppe der Senioren wächst, Männer besuchen die Kurse weniger.

DIE: *Weniger als früher oder weniger als die Frauen?*
Bosch: Weniger als früher und seltener als Frauen Es wird berichtet, dass weniger Männer an den Kursen teilnehmen und der Anteil der Frauen weiter wächst. Das deckt sich demnach zum Teil mit den Befunden von Herrn Matthiesen.

DIE: *Und mit einer sinkenden Nachfrage dünnt sich die verfassungsmäßig garantierte Grundversorgung mit Weiterbildung auch langsam aus, oder? Ist das noch ein tragfähiges und sinnvolles System der Landesförderung?*
Bosch: Unser gegenwärtiges System der Landesförderung bezieht sich auf die Einwohneranzahl. Dieses Förderprinzip existiert seit den 1990er Jahren und differenziert nicht nach der Einwohnerdichte. Die Einwohnerdichte wurde früher mal hinsichtlich der Gruppengrößen berücksichtigt, dies ist aber verändert worden. Es stellt sich tatsächlich die Frage, ob das Prinzip Grundversorgung allein noch angemessen ist für den äußeren Verflechtungsraum. Deswegen

Abbildung 2: Binnenwanderungssaldo der Länder, 1991 bis 2006 (in 1.000)



Datenquelle: Statistisches Bundesamt, grafische Darstellung BiB

haben wir eine Umfrage bei den Landkreisen und kreisfreien Städten gestartet, die eine Analyse der Grundversorgung ermöglichen soll. Rund drei Viertel der Anfragen sind bislang beantwortet worden. Es zeigt sich, dass sich die Einrichtungen in den Landkreisen ganz intelligent verhalten. Wir haben 20 Volkshochschulen und 46 Weiterbildungseinrichtungen in freier Trägerschaft. Die bedienen die Gesamtfläche mit relativ übersichtlichem Personal, aber sie nutzen vorhandene Infrastrukturen in der Fläche als Lernorte. Die Volkshochschulen haben Außenstellen, die teilweise nur

temporär, teilweise auch ehrenamtlich besetzt sind. Sie und die Einrichtungen in freier Trägerschaft nutzen auch Vereinsorte, Schulgebäude oder Räume der einzelnen Gemeinden. Das heißt, sie unterhalten eine Institution, aber sie gehen mit dem Angebot in diesen Flächenkreisen auch vor Ort. Weiterbildung ist so stärker in die vorhandene Struktur integriert. Und selbst in der Uckermark, dem Kreis mit 3.000 Quadratkilometern und der geringsten Bevölkerungsdichte, bieten die Einrichtungen zusammen immerhin an 28 Orten Weiterbildung an. Wenn Weiterbildung vor Ort stattfindet, hat dies auch einen sozialen Effekt.

DIE: *Welche Wege nehmen die Teilnehmenden in Kauf?*
Bosch: Die Erreichbarkeit der Angebote ist ein Problem wegen der Ausdünnung von Verkehrsangeboten und vor allen Dingen wegen der Tageszeiten, zu denen der Nahverkehr betrieben wird.

»Anfahrtzeiten von mehr als einer Stunde «

Die Weiterbildungseinrichtungen reagieren darauf zum Teil mit der Anpassung ihrer Unterrichtszeiten. Beim Zweiten Bildungsweg wurden Standorte nach der Verkehrsinfrastruktur ausgewählt. Es wurde geprüft: Gibt es eine Kreuzung von zwei Bahnstrecken? Dann hat man da den Ort des Zweiten Bildungswegs für den Abendunterricht hin verlegt, damit die Leute abends noch wegkommen. Das geht aber leider nicht immer. Die Einrichtungen können nicht mehr davon ausgehen, dass die Menschen zu ihnen kommen, sondern »umgekehrt wird ein Schuh draus«: Die Weiterbildungsangebote kommen zu den Menschen. Wenn dieses System noch stärker praktiziert wird, müssen allerdings zugleich auch Probleme der Gruppengrößen und der Zusammensetzung der Gruppen neu bedacht werden. Mit Anfahrtzeiten von 60 Minuten oder mehr wird die Weiterbildungsmotivation jedenfalls nur schwer zu fördern sein.

DIE: *Herr Tuguntke, 20 Volkshochschulen im Land Brandenburg – wie viele sind es in Berlin?*
Tuguntke: In Berlin haben wir zwölf Volkshochschulen, in jedem Bezirk eine, mit in der Regel mehreren Standorten, Lehr- und Unterrichtsstätten im Bezirk. Die Volkshochschulen sichern die Grundversorgung der Weiterbildung gemäß Schulgesetz für Berlin.

DIE: *Wie nehmen Sie hier die Folgen des demografischen Wandels für die Weiterbildung wahr?*
Tuguntke: Herr Matthiesen hat bereits gesagt, dass die Bevölkerungszahl in Berlin stagniert. Allerdings wird sich das demografische Alter bis 2030 von 40 auf 42 Jahre erhöhen. Das bedeutet natürlich, dass sich innerhalb der Bevölkerungsstruktur Berlins eine veränderte Zusammensetzung ergibt. Außerdem haben wir einen relativ hohen Anteil an Migranten in Berlin mit einer vergleichsweise raschen Generationenfolge. Hier liegen wichtige Aufgaben für die Weiterbildung. Im Feld der sprachlichen Integration ist da vieles bereits auf den Weg gebracht. Das Angebot der Volkshochschulen ist mit insgesamt mehr als einem Drittel des

»Programmschwerpunkt Sprachförderung«

Unterrichtsvolumens stark ausgerichtet auf diese Zielgruppe. Die Sprachförderkurse mit Müttern nichtdeutscher Herkunft werden vom Senat mit erheblichen zusätzlichen Mitteln (knapp zwei Millionen Euro) gefördert. Insbesondere die Volkshochschulen der Innenstadtbezirke, also die Volkshochschulen Friedrichshain-Kreuzberg, Mitte, Neukölln und Tempelhof-Schöneberg, haben die Sprachförderung in den letzten Jahren zum herausragenden Programmschwerpunkt entwickelt. Das Angebot wird im Studienjahr 2008/09 auf vier weitere Volkshochschulen ausgedehnt. – Was die Nachfrage bei den Älteren nach Angeboten der Volkshochschulen angeht, verzeichnen wir einen leichten Zuwachs. Dieser Trend wird sich sicherlich verstetigen.

DIE: *Geht der in der Volkshochschulstatistik ablesbare Anstieg bei den Berliner Teilnahmezahlen auf das Konto der Migranten?*
Tuguntke: Grundsätzlich ja, wir haben in dem Bereich den stärksten Anstieg zu verzeichnen. Aber auch fast alle anderen Programmbereiche weisen

Zuwächse auf. Und das passt ja durchaus auch in die Gesamtstrategie, die wir hier in Berlin hinsichtlich des demografischen Wandels entwickeln. Die Ressorts Bildung, Stadtentwicklung, Arbeit, Soziales und Wirtschaft arbeiten gemeinsam daran. Für den Bildungsbereich steht im Vordergrund, in den Bezirken regionale Netzwerke zu schaffen und die Bildungschancen für alle zu erhöhen. Auch der in Berlin gut ausgebaute Zweite Bildungsweg ist in diesem Zusammenhang wichtig. Die Landeszentrale für politische Bildung kooperiert mit Migrantenvereinen und Multiplikatoren, um ihren Beitrag zur Kohäsion zu leisten, von der Herr Matthiesen eingangs sprach.

DIE: *Gibt es Wanderungsbewegungen in der Weiterbildung zwischen Berlin und Brandenburg?*
Tuguntke: Ja, im engeren Verflechtungsraum ist ein Austausch zu verzeichnen. Insbesondere auch für Tagungen und mehrtägige Veranstaltungen werden von Berlinern sicher auch Weiterbildungseinrichtungen in Brandenburg aufgesucht.
Bosch: Wir können davon ausgehen, dass sich die Menschen in Berlin oder Brandenburg schlichtweg die Angebote aussuchen, die für sie praktisch sind: wo sie wohnen, wo sie arbeiten, wo sie gut hinkommen. Es gibt einen Austausch über die Stadt-Landesgrenze im engeren Verflechtungsraum. Jemand, der z.B. in Königs Wusterhausen wohnt und in Berlin arbeitet, kann zwischen Weiterbildungsstandorten in beiden Ländern wählen. Das trifft auch für die Bewohner vieler Neubausiedlungen an der Landesgrenze zu. Wir wissen aber nicht, in welchem Umfang die Weiterbildungsorte in den metropolnahen Regionen tatsächlich von Brandenburgern besucht werden – und umgekehrt.

DIE: *Gibt es Kooperationen in der Bildungsplanung?*
Tuguntke: Für den Weiterbildungsbereich gibt es keine unmittelbare gemeinsame Bildungsplanung. Wir kooperieren allerdings eng auf der ministeriellen Ebene in Grundsatzfragen und in länderübergreifenden Projekten.
Bosch: Die Weiterbildung organisiert sich in den Bezirken und Landkreisen relativ autonom. Als Verwaltung können wir jeweils darauf vertrauen, dass auf der lokalen Angebotsebene die Weiterbildungseinrichtungen sehr gut beurteilen können, was ein angemessenes Programm ist. Auf der Fachebene der Verwaltungen kooperieren wir vor allem in Bereichen, in denen es um strukturelle Entwicklungen geht: Wo und wie können z.B. Innovationen angeregt werden? Welche Anreize können dafür geschaffen werden? Die Lernenden

Bevölkerungsgruppen nach schulischen Bildungsabschlüssen in der Altersgruppe 20–39 Jahre, Durchschnitt der Jahre 2000 – 2003 (in %)

Ausgewählte Bevölkerungsgruppen	Fach- bzw. Hochschulreife	Realschulabschluss/ Polytechnische Oberschule	Haupt- bzw. Vorschulabschluss	Ohne allgemeinen Schulabschluss	Ohne Angabe
Bevölkerung insgesamt	32	35	26	3	1
darunter:					
Deutsche	33	37	24	0	1
Neuzuwanderer (2000 – 2003)	49	13	25	/	/
aus Westeuropa	68	9	17	/	/
aus dem sonstigen Europa	40	17	32	/	/
aus der übrigen Welt	51	10	18	/	/
Einwanderer (vor 2000)	24	14	44	13	1
aus Westeuropa	29	16	44	8	1
aus dem sonstigen Europa	17	14	51	14	1
aus der übrigen Welt	38	14	27	14	2

Junge Neuzuwanderer: Besser qualifiziert als landläufig angenommen (Datenquelle: Statistisches Bundesamt, Mikrozensus)

Regionen sind ein Beispiel, wie durch Zusammenwirken länderübergreifende Netzwerke entwickelt wurden. Aber auch in anderen Innovationsfeldern wie z.B. dem selbstgesteuerten Lernen gab es eine enge Zusammenarbeit, obgleich die Gegebenheiten in Stadt und Land unterschiedlich sind.

Tuguntke: Die gemeinsame Arbeit in Vernetzungsprojekten bringt wichtige fachliche Anstöße. Auch bei Einführung des LQW hat es eine enge Zusammenarbeit z.B. in der Fortbildung gegeben.

Bosch: Im Kontext der Regionalentwicklung im ländlichen Bereich beginnen Weiterbildungseinrichtungen, sich sehr viel stärker in regionale Entwicklungsgruppen wie die Wirtschaftsförderung oder die Kulturentwicklung einzuklinken. Teilweise geschieht dies auch auf Anforderung von außen. Die Einrichtungen haben bisher anders gearbeitet und den Kontakt zu anderen Bereichen oder Einrichtungen wie z.B. den Museen, Bibliotheken, Tourismusvereinen usw. nur punktuell gesucht.

Innovation durch Tourismus

DIE: *Haben Sie ein Beispiel für so eine Kooperation mit dem Tourismus?*

Bosch: Teltow-Fläming ist ein Kreis, für den der Tourismus eine hohe Bedeutung hat, der wirtschaftlich gut dasteht. Dort gibt es den sog. Fläming-Skate, eine eigens ausgebaute Strecke für Radfahrer und Skater, und entlang dieses Fläming-Skate gibt es zunehmend Gasthäuser, kleine Initiativen, Radfahrerdependancen usw.

DIE: *Und da ist die Weiterbildung dazwischen.*

Bosch: Ja, die hat sich eingemischt und gesagt, wir können mit euch, insbesondere in den Wintermonaten, Angebote für die Bereiche Vermarktung, Kundenfreundlichkeit, gastronomisches Angebot entwickeln. Landrat, Tourismusverbände und Weiterbildungseinrichtungen haben eine große Veranstaltung im Gebäude des Landkreises durchgeführt und ihre gemeinsame Planung vorgestellt: beispielsweise Englisch-Grundangebote für die kleinen Gaststätten, die von ausländischen (Berlin-)Touristen bei ihren Tagesausflügen besucht werden. Ein sehr bekanntes Hotel, der Vierseithof in Luckenwalde, wollte Kochkurse für die Gastronomie anbieten. Da entwickelt sich etwas, und die Rolle der Weiterbildung besteht darin, die Leute zusammenzubringen und herauszufinden, wo ihre Bildungsbedarfe zur Unterstützung ihrer Dienstleistung im Tourismusbereich liegen. Das ist im Rahmen

eines von uns finanzierten Projekts der Humboldt-Universität erfolgt. Im Familienbildungsbereich hat Ähnliches begonnen, Weiterbildungseinrichtungen übernehmen auch dort eine Koordinierungsaufgabe und beziehen in ihre Planungen Familienbildungsexperten und Vereine ein.

DIE: *Es dürfte schwierig sein, so etwas wie eine Gerechtigkeit zwischen Regionen herzustellen, nicht jede Region hat einen Fläming-Skate. Muss man sich verabschieden von dem Gedanken, alle Regionen gleich versorgen zu können in der Infrastrukturplanung?*

Matthiesen: Ja, die Verfassung betont ja raffinierter Weise die Gleichwertigkeit und nicht gleiche Verteilung oder so etwas, da besteht doch sehr viel Spielraum. Mechanische Arten von Gleichbeglückung sind vorbei, sind überhaupt nicht zu finanzieren. Es wird immer deutlicher, dass es da dramatische Unterschiede auch im Infrastrukturangebot geben muss, aber man kann andere Lösungen, die durchaus die Gleichwertigkeit im Kopf haben, anpeilen und miteinander ausprobieren, so wie Sie das in Brandenburg mit Ihrer Umfrage auch als Erfahrungsabgleich betreiben. Innerstädtische Peripherien und die Peripherien im äußeren Entwicklungsraum haben dann möglicherweise auch mehr miteinander zu tun, als man das zunächst denkt.

Tuguntke: In Berlin haben wir gerade in einem umfassenden Bericht für den Volkshochschulbereich festgestellt, dass der Versorgungsgrad insgesamt auf dem Niveau vergleichbarer Großstädte liegt, jedoch haben wir in den Bezirken durchaus eine unterschiedliche Versorgungslage. Eine gleichmäßigere Versorgung mit Weiterbildung ist ein wichtiges Ziel, damit nicht Bezirke in der Stadt zu weit zurückfallen. Natürlich fragen wir uns, wie das verbessert, optimiert werden kann. Das ist ein Anspruch, dem wir gerecht werden müssen. Wir haben ja in Berlin ein regelmäßiges soziales

Prinzip »Wertausgleich«

Monitoring der Stadtentwicklung mit Konsequenzen für die Finanzmittelzuweisung. Über entsprechende Zumessungsinstrumente fließen verstärkt Mittel in Volkshochschulen in sozialstrukturell eher schwache Bezirke, damit dort auch in die Weiterbildung mehr investiert werden kann. Aber der Wertausgleich allein – so nennen wir das – reicht für eine Anpassung der Versorgungslage nicht aus. Deshalb bleibt das für uns ein Punkt, der beobachtet wird und der für die gesamtstädtische Steuerung wichtig ist.

DIE: *Sie halten das Ziel sozusagen noch im Blick, wie ist es in Brandenburg? Liegt die Zukunft weniger bei der Pro-Kopf-Verteilung, sondern mehr bei*

Konstrukten, die auf Regionen setzen?
Bosch: Diese Diskussion wird es sicher geben. Die bisherige Grundversorgung geht davon aus, dass eine gleiche Versorgung möglich wäre. Wenn aber die Zahl der Erwachsenen zurückgeht, wird automatisch geschlussfolgert, dass auch die Zahl der Weiterbildungskurse entsprechend zurückgehen müsste. Damit sinkt dann auch der Förderbedarf etc. Die Diskussion, die wir m.E. brauchen, kann nicht nur so linear angelegt sein, sondern muss von der Frage ausgehen: Welche Rolle soll die Weiterbildung übernehmen? Wenn man mit den Gruppen in der Weiterbildung arbeiten will, über die Herr Matthiesen ja auch gesprochen hat, dann verändert sich auch die qualitative Aufgabe für die Weiterbildungseinrichtungen. Und wenn Weiterbildung in der Region auch Gestaltungs- und nicht nur Versorgungsaufgaben mit übernehmen soll, dann hat sie ganz andere Aufgaben zu bewältigen.

DIE: *Wird man das noch mit dem Begriff Grundversorgung fassen, oder wird man neue Begriffe finden?*
Bosch: Ich glaube, man muss zusätzliche Begriffe finden. Der Versorgungsgedanke, der ja aus den 1990er Jahren stammt und auch in anderen Bereichen eingeführt wurde, bildet eben nicht die Gesamtheit dessen ab, was wir heute von der Weiterbildung erwarten. Auf der politischen Ebene müssen wir es schaffen, die Gestaltungskraft von Weiterbildung für solche Prozesse der Regionalentwicklung deutlich zu machen. Herr Tuguntke hat es mit Hinweis auf den Zweiten Bildungsweg und die Reduktion von Schulabbrechern bereits angesprochen: Weiterbildung soll in einem viel stärkeren Ausmaß als früher kompensieren, soll Regionalentwicklung mitgestalten, koordinieren, Impulse setzen, wie wir das am Beispiel Teltow-Fläming gesehen haben. Sie soll sozialer Ankerpunkt sein für die Menschen, die vor Ort bleiben und ist Teil der Daseinsvorsorge. Das geht weit über das hinaus, was über Grundversorgung allein möglich ist. Die Grundversorgung und die regionalen Entwicklungsanforderungen müssten in ein Konzept zusammengebracht werden. Das erfordert ein anderes Denken und Rahmenbedingungen, die sich nicht in Stundensätzen alleine bewerkstelligen lassen.

DIE: *Wir sind gespannt, wie es in der Metropolregion weitergeht. Ich danke Ihnen für das Gespräch!*

alle Fotos S. 26–31: Peter Brandt

Wunsch-Bevölkerungspyramide für das Jahr 2050? (Karneval 2008 am Bonner Dornheckensee)